

# Annette Widmann-Mauz MdB

## PARLAMENTARISCHE STAATSEKRETÄRIN

### WAHLKREISABGEORDNETE TÜBINGEN



### „Was gut ist für Europa, das ist auch gut für Deutschland“



Liebe Leserinnen und Leser,

Der Deutsche Bundestag hat sich an diesem Mittwoch mit breiter Mehrheit für die Ausweitung der Wirksamkeit des Rettungsschirms ausgesprochen, mit dem die Schuldenkrise im Euro-Raum gebannt werden soll. Alle Fraktionen mit Ausnahme der Linken stimmten dafür, dass die Europäische Stabilisierungsfazilität (EFSF), der sogenannte Euro-Rettungsschirm, mit Hilfe weiterer Instrumentarien so effizient wie möglich genutzt werden kann.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte zuvor in einer Regierungserklärung eindringlich an die Abgeordneten appelliert, dafür auch vertretbare Risiken einzugehen. Sie wiederholte dabei ihr Credo: „Scheitert der Euro, scheitert Europa.“ Die Bundeskanzlerin mahnte an, dass dies nicht passieren dürfe. Die Bundesregierung habe die „historische Verpflichtung, das Einigungswerk Europas mit allen uns zur Verfügung stehenden und verantwortbaren Mitteln zu verteidigen und zu schützen“, betonte Merkel. Sie unterstrich außerdem: „Was gut ist für Europa, das ist auch gut für Deutschland.“ Denn kein anderes europäisches Land profitiere wirtschaftlich so stark von der gemeinsamen Währung wie Deutschland.

Die Bundeskanzlerin zeigte Verständnis für die Sorgen vieler Bürgerinnen und Bürger. „Die Schuldenkrise bewegt viele Menschen“, sagte Merkel. Sie unterstrich, dass das Gesamtvolumen der EFSF von 440 Milliarden Euro und der deutsche Anteil in Höhe von 211 Milliarden Euro unter keinen Umständen erhöht würden. Gleichzeitig räumte sie ein, es sei nicht auszuschließen, dass mit der Ertüchtigung der EFSF unter Umständen auch das Risiko wachse, dass Deutschland seine Finanzierungszusagen für den Rettungsschirm einlösen müsse. Nach Abwägung aller Argumente halte sie es aber für vertretbar, das Risiko einzugehen da eine bessere Alternative nach Prüfung aller Argumente nicht vorliegt. und es nicht vertretbar und nicht verantwortlich wäre, das Risiko nicht einzugehen.

Als weitere notwendige Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise im Euro-Raum nannte Merkel unter anderem die Einführung von Schuldenbremsen nach deutschem Vorbild in den anderen Mitgliedstaaten, einer Klagemöglichkeit gegen Stabilitätssünder vor dem Europäischen Gerichtshof und einer Finanztransaktionssteuer in der EU. Die Bundeskanzlerin warnte aber auch vor der Illusion, die Schuldenkrise in der Euro-Zone könne über Nacht gelöst werden. Vor allem Griechenland stehe „erst am Anfang eines langen und schwierigen Weges“. Sie sei sich der Tatsache bewusst, dass den Menschen in Griechenland im Zuge des Reformprozesses viel abverlangt werde. „Sie verdienen unseren Respekt und eine tragfähige Zukunftsperspektive in der Euro-Zone.“ Andererseits müssten Länder wie Griechenland, die die Solidarität Europas in Anspruch nähmen, immer auch Eigenverantwortung übernehmen.

Der Deutsche Bundestag erteilte der Bundeskanzlerin nach ihrer Regierungserklärung mit 503 Ja-Stimmen bei 89 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen zu einem fraktionsübergreifenden Entschließungsantrag ein starkes Mandat für die Verhandlungen in Brüssel. Der Bundestag hat der Bundeskanzlerin die geballte Rückendeckung für die schweren Verhandlungen in Brüssel gegeben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist davon überzeugt, dass der Deutsche Bundestag mit der Wahrnehmung der Beteiligungsrechte einen Beitrag zu einer größeren Akzeptanz europäischer Entscheidungen leistet. Dass dies fraktionsübergreifend geschieht, ist zudem ein großer parlamentarischer Erfolg. Auch auf die Verhandlungserfolge der Bundesregierung aus der letzten Woche möchte ich an dieser Stelle noch einmal hinweisen: Die EFSF wird keine Bankenlizenz bekommen, so wie von anderen Staaten gefordert. Damit sind echte Hebel aus gutem Grund nicht möglich. Die Bundesregierung wird auch bei der Frage einer Optimierung der EFSF-Instrumente ein gutes Ergebnis erzielen.

Ihre

*Annette Widmann-Mauz*

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Die politische Lage in Deutschland



### Neuausrichtung der Bundeswehr

In dieser Woche hat Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière die Entscheidung über die zukünftigen Standorte der Bundeswehr bekanntgeben. Damit gehen wir einen weiteren wichtigen Schritt auf dem Weg zur Neuausrichtung der Bundeswehr.

Nach der Aussetzung der Wehrpflicht und der Umstellung der Bundeswehr auf eine Freiwilligenarmee gilt es nun die Strukturen so anzupassen, dass wir unser Ziel einer effizienteren und schlagkräftigeren Bundeswehr erreichen.

Dazu gehört die Verschlankung des Ministeriums ebenso wie die Konzentration der Standorte. Die Einzelheiten der Entscheidung wurden in der Nacht zum Mittwoch zunächst den direkt Betroffenen bekanntgegeben. Am Mittwochvormittag wurde der Deutsche Bundestag

unterrichtet. Bei dem jetzt anstehenden Reformschritt geht es darum, überschüssige Kapazitäten abzubauen. Zahlreiche Bundeswehrstandorte werden in den kommenden Jahren verkleinert und einige auch geschlossen werden. In die Entscheidung über die Aufgabe eines Standortes fließen zahlreiche Erwägungen mit ein.



Angesichts der Bedeutung, die die Präsenz der Bundeswehr in einigen Teilen unseres Landes für die regionale Wirtschaft, aber auch für

das gesellschaftliche Leben hat, wird sie nicht leichtfertig getroffen.

Es ist aber wichtig, auch diesen Reformschritt entschlossen zu gehen, um die Bundeswehr ihren neuen Aufgaben anzupassen. Als CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden wir den Minister bei dieser größten Reform in der Geschichte der Bundeswehr geschlossen zu unterstützen.



Quelle:dpa

### Christlich liberale Koalition entlastet Kommunen

Die Kommunen sind der vor Ort erlebbare Eckpfeiler unserer Demokratie. Damit sie ihre Aufgaben gut und nachhaltig erfüllen können, brauchen sie eine solide Finanzausstattung.

Aus diesem Grund übernimmt der Bund schrittweise die Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen, das wir in dieser Woche im Deutschen Bundestag verabschiedet werden, legen wir dazu die Grundlage. I

Insbesondere jene Städte, Kreise und Gemeinden werden dauerhaft entlastet, die durch hohe Sozialausgaben unter besonders drängenden

finanziellen Problemen leiden. Konkret sparen die Kommunen allein bis zum Jahr 2015 Kosten in Höhe von 12,2 Milliarden Euro.

Ab 2014 werden die Grundsicherungskosten vollständig vom Bund getragen. Daraus ergibt sich eine jährliche Entlastung von voraussichtlich rund vier Milliarden Euro. Eine einseitige und dauerhafte



Quelle:dpa

Kommunalentlastung in dieser Größenordnung - ohne Übertragung neuer kostenträchtiger Aufgaben und sonstiger Ausgabepflichten - ist in der Geschichte der Bundesrepublik einmalig.

Mit unserer Entscheidung haben wir einen falschen Beschluss von Rot-Grün aus dem Jahr 2003 korrigiert. Damals war die Altersgrundsicherung ohne Ausgleich auf die Kommunen übertragen worden. Deren Kosten haben sich seither verdreifacht und betragen heute circa 3,9 Milliarden Euro jährlich.

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Aus dem Parlament



### 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei

Das Jubiläum 50 Jahre Anwerbeabkommen mit der Türkei war in dieser Woche Anlass für eine Debatte, in der wir auf Vergangenheit und Gegenwart des Zuzuges und der Integration türkischer Arbeitnehmer und ihrer Familien in unserer Gesellschaft blicken werden.



Quelle: DPA

### Stärkung der Kommunen

In zweiter und dritter Lesung haben wir das **Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen** verabschiedet. Bund und Länder hatten in einer Protokollerklärung im Rahmen des Vermittlungsverfahrens zu dem Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch Maßnahmen vereinbart, die Finanzkraft der Kommunen dauerhaft zu stärken.



### Kreislaufwirtschaft und Abfallrecht

Mit dem in zweiter und dritter Lesung zur verabschiedeten **Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts** wird die EU-Abfallrahmenrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt.

Darüber hinaus wird das seit 1996 geltende Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz ökologisch fortentwickelt. Ziel des neuen „Kreislaufwirtschaftsgesetzes“ ist eine nachhaltige Verbesserung der Ressourceneffizienz durch eine Stärkung der Abfallvermeidung und des Recyclings von Abfällen.



Mit der Einführung einer ab dem Jahr 2015 zu erfüllenden Pflicht zur Getrennsammlung von Bioabfällen sowie von Papier-, Metall-, Kunststoff- und Glasabfällen legt das Gesetz die Grundlage für ein hochwertiges Recycling von Abfällen mit einem hohen Ressourcenpotential. Bis zum Jahr 2020 sollen 65% aller Siedlungsabfälle recycelt und 70% aller Bau- und Abbruchabfälle stofflich verwertet werden.

Vorgesehen ist zudem die Einführung einer Rechtsgrundlage für die Einführung einer „einheitlichen Wertstofftonne“.

### EU-Finanzaufsichtssystem

Als Reaktion auf die Finanzmarktkrise wurde auf europäischer Ebene zum 1. Januar 2011 ein Europäisches Finanzaufsichtssystem (European System of Financial Supervision - ESFS) geschaffen. Dieses System setzt sich zusammen aus dem Europäischen Ausschuss für Systemrisiken, drei neuen europäischen Finanzaufsichtsbehörden im Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor, einem behördenübergreifenden Ausschuss der europäischen Finanzaufsichtsbehörden sowie den nationalen Aufsichtsbehörden.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung verabschiedeten **Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2010/78/EU vom 24. November 2010 im Hinblick auf die Errichtung des Europäischen Finanzaufsichtssystems** werden die notwendigen Anpassungen im nationalen Recht vorgenommen, um insbesondere die Zusammenarbeit der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht mit den neuen europäischen Aufsichtsstrukturen zu ermöglichen.



Quelle: ddp

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Aus der Bundesregierung



### Annette Widmann-Mauz wirbt für vertiefte Internationale Zusammenarbeit im Gesundheitswesen auf dem 3. Weltgesundheitsgipfel



Annette Widmann-Mauz bei ihrer Rede auf dem 3. Weltgesundheitsgipfel in Berlin

Anlässlich des 3. Weltgesundheitsgipfels der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der unter der Schirmherrschaft des französischen Präsidenten Nicola Sarkozy und Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in Berlin stattfand, erörterte die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz MdB mit Politikern, Wissenschaftlern und Vertretern der Industrie und Gesundheitsorganisationen über Antworten auf globale Gesundheitsherausforderungen. Zentrale Themen war die Frage, wie medizinische Forschungsergebnisse insgesamt schneller, effizienter und kostengünstiger die Menschen in unterschiedlichen globalen Regionen und in verschiedensten ökonomischen Rahmenbedingungen erreichen können.

Unter dem Titel: „Die Wissenschaft von heute ist die Agenda von morgen“ diskutierte Widmann-Mauz MdB gemeinsam mit Experten aus Botswana, Thailand und Peru über die effiziente Bekämpfung und Prävention von Volkskrankheiten wie Krebs, Diabetes, Alzheimer und Herzleiden, die auch immer stärker in Entwicklungsländern auftreten.

„Im Idealfall werden weltweite Forschungsergebnisse dazu genutzt, um das öffentliche Gesundheitswesen kontinuierlich zu verbessern. Von einer solchen Zielvorstellung sind wir alle weit entfernt“, so Annette Widmann-Mauz MdB, die damit zum starken Schulterschluss von Politik, Forschung und Industrie aufrief, um auch den ärmeren Regionen der Welt Zugang zu

medizinischer Hilfe und Innovationen zu ermöglichen.

Als nachahmenswertes Beispiel flächendeckender Gesundheitsförderung führte sie den Nationalen Krebsplan der Bundesrepublik Deutschland an, der die Verbesserung der Krebsfrüherkennung und der Versorgungsforschung verfolgt. Erörtert wurden auch der Einfluss des Klimawandels auf die Gesundheit, der rasante Anstieg chronischer Krankheiten in Entwicklungsländern und Industrienationen, die weltweite Belastung durch psychische Krankheiten und die Entwicklung von Impfstrategien.

Im Vorfeld des WHO-Gesundheitsgipfels unterzeichneten die Parlamentarische Staatssekretärin Widmann-Mauz für die Bundesrepublik Deutschland und Gesundheitsminister Dr. Ruhl Haque für die Volksrepublik Bangladesch eine Gemeinsame Absichtserklärung über eine vertiefte Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich. Zudem führte Widmann-Mauz Gespräche mit Vertretern des singapurischen Gesundheitsministeriums sowie mit dem Vizeminister für Gesundheit der Volksrepublik China, Sun Zhigang, der sich über die Gesundheitsreform in Deutschland und die Erfahrungen der Reform der öffentlichen Krankenhäuser informierte.

# Annette Widmann-Mauz MdB

## Daten und Fakten



### Positives Bild der Globalisierung

Nach einer aktuellen infas-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung verbinden 64% der Deutschen mit der Globalisierung etwas Positives.

Zwar erkennen die Deutschen in der fortschreitenden Internationalisierung aller Beziehungen auch eine Reihe von Risiken, jedoch wird deren Einfluss auf die persönliche Situation als relativ gering bewertet. So sind nur 25% der Befragten der Auffassung, dass ihre soziale Absicherung ohne Globalisierung besser wäre. An eine geringere Arbeitsbelastung glauben nur 22% und an ein höheres Einkommen 15%.

Dass ohne Globalisierung der Arbeitsplatz sicherer wäre, nehmen lediglich 14% an. Demgegenüber messen die Bürger dem Einfluss der Globalisierung auf die Situation Deutschlands ein stärkeres Gewicht zu. So meinen 55%, dass das Wirtschaftswachstum ohne internationale Verflechtung geringer ausfallen würde. Weitere 50% glauben an eine niedrigere Staatsverschuldung, 41% an geringere Einkommensunterschiede. 37% sind der Meinung, dass Armut und Arbeitslosigkeiten geringer wären. Nach den negativen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses gefragt, wurde insbesondere der Bereich „Umwelt und Klima“ genannt. 43% glauben, dass ohne Globalisierung die Umweltverschmutzung geringer ausfallen würde und 37% gehen von einem langsameren Voranschreiten des Klimawandels aus.

Positiv hingegen schätzen die Bürger die Effekte auf die weltweite Armutsbekämpfung ein.

(Quelle: Bertelsmann-Stiftung)

### Deutschland ist beliebtes Reiseziel

Deutschland wird bei Urlaubern aus aller Welt als Reiseziel immer attraktiver. So war nach vorläufigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes von Januar bis August ein Zuwachs bei den ausländischen Besuchern im Vergleich zum Vorjahreszeitraum von 6% zu verzeichnen.

Insgesamt wurden mit 43,5 Millionen Übernachtungen ausländischer Gäste 2,3 Millionen mehr Übernachtungen als im Vergleichszeitraum des vergangenen Jahres registriert. Beim Travel & Tourism Competitiveness Index (TTCI) 2011 des World Economic Forums konnte Deutschland inzwischen Österreich überholen und belegt nun unter 139 Nationen Platz 2 hinter der Schweiz. Ausländische Besucher schätzen laut TTCI an Deutschland insbesondere die Vielfalt und Qualität seiner Kultur.

Zudem wurden die prosperierende Medienwirtschaft, die

die Anzahl wichtiger internationaler Messen und Ausstellungen, die Umweltschutzbemühungen und die sehr gute Infrastruktur gelobt.

(Quelle: Statistisches Bundesamt und Travel&Tourism Competitiveness Index)



### Sozialhilfeausgaben 2010 um fast vier Prozent gestiegen

Im Jahr 2010 wurden in Deutschland 21,7 Milliarden Euro netto für Sozialhilfeleistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII „Sozialhilfe“) ausgegeben.

Dies entsprach einer Steigerung von 3,9% gegenüber dem Vorjahr. Pro Kopf wurden in Deutschland 2010 für die Sozialhilfe rechnerisch 266 Euro netto aufgewendet. Im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) waren die Pro-Kopf-Ausgaben mit 276 Euro deutlich höher als in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit 227 Euro. Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben hatten im Jahr 2010 die drei Stadtstaaten:

In Bremen lagen sie bei 441, in Hamburg bei 414 und in Berlin bei 406 Euro. Von den westdeutschen Flächenländern gab Baden-Württemberg mit 194 Euro je Einwohner am wenigsten für Sozialhilfe aus.

Im Jahr 2010 entfiel mit 57% der überwiegende Teil der Nettoausgaben für Sozialhilfe auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. 19% der Ausgaben wurden für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufgewendet, 14% für die Hilfe zur Pflege und 10% vor allem für die Hilfe zum Lebensunterhalt und für die Hilfen zur Gesundheit.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)